

Vortrag:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Goslar und Duderstadt haben eines gemeinsam – und das ist das Problem ihrer Bevölkerungsentwicklung.

Laut dem Landesamt für Statistik hat Duderstadt im Zeitraum von 2001 bis 2011 1.470 Einwohner verloren, das sind rund 6,4 Prozent. Der Landkreis Göttingen 6.892 Einwohner. *(265.058 auf 258.166 = 2,6 Prozent)*.

In Goslar sieht es ähnlich aus. Heute noch rund 50.000 Einwohner, Tendenz rapide fallend. In zehn Jahren – von 2003 bis 2013 - hat Goslar 4.000 Einwohner verloren, prozentual gesehen rund 8 Prozent. Das ist dramatisch und dennoch stehen wir damit im Vergleich zu unseren Nachbarkommunen im Landkreis Goslar und der Harz-Region noch ganz gut da.

Orte im Oberharz beispielsweise haben prozentual gesehen im genannten Zeitraum fast 20 Prozent ihrer Einwohner verloren. Und die Prognose ist noch sehr viel schlechter.

Goslar und Duderstadt liegen also mittendrin, mitten im Epizentrum des demografischen Niedergangs.

Seit dreieinhalb Jahren bin ich Oberbürgermeister in Goslar und stelle mir die Frage, wie wir auf diesen demographischen Trend politisch zu reagieren haben.

Welche Strategien sind für die Stadt zu entwerfen?

Es gibt verschiedene Antwortmöglichkeiten:

Variante A: Nichts tun

Bedeutet in kurzer Zeit ganz erhebliche finanzielle Schieflage.

Aktuell am Beispiel Goslar:

knapp 1.000 EUR pro Einwohner aus den FAG Mitteln.

Bedeutet bei aktueller Bevölkerungsentwicklung jährlich ca. ¼ Millionen weniger Einnahmen. Dazu werden aber auch Schulen, Turnhallen, ÖPNV weniger ausgelastet.

Ergo: Verantwortungslos, das bedeutet eine finanzielle Schieflage!

Variante B: Gesund schrumpfen / Rückbau

Halte ich für richtig im Bereich Verwaltungsstrukturen.

Ich mache Verwaltungen kleiner – was wir übrigens in Goslar bereits getan haben: Durch die Fusion mit unserer Nachbarstadt Vienenburg haben wir nicht nur die mit Abstand größte Kommunalfusion seit den 1970er Jahren freiwillig und ohne Druck von oben organisiert und dabei nicht nur dank der Entschuldungshilfe des Landes unseren Haushalt saniert, sondern auch unsere Verwaltungen zusammengelegt und effizienter aufgestellt.

Halte ich für problematisch im Bereich Infrastruktur;
grundsätzlich gilt, dass natürlich bei sinkenden Einwohnerzahlen auch die Infrastruktur zu reduzieren ist.

Aber es ist kompliziert,

aus einer 50 Meter-Bahn, eine 45 Meter-Bahn zu machen
oder jährlich die Wassertemperatur abzusenken.

Ich kann nicht kaputte Feuerwehrfahrzeuge nicht ersetzen
und die Kameraden mit Eimern löschen lassen.

Oder im Winter nur noch jeden zweiten Tag die Straßen streuen.

Genauso wenig kann ich die Autos in tiefen Schlaglöchern versinken lassen oder den Stadtbussen die Hälfte der Reifen abschrauben.

Meine Damen, meine Herren,

Warum halte ich den Rückbau von Infrastruktur für problematisch?

Nun, ich habe große Sorge vor der Abwärtsspirale, die wie folgt heißt:

Niedrigere Einwohnerzahlen bedeutet Rückbau der Infrastruktur.

Rückbau der Infrastruktur bedeutet unattraktivere Stadt.

Unattraktive Stadt bedeutet beschleunigten demographischen Niedergang.

Und dies zwingt zu einem noch stärkeren, schnelleren Rückbau der Infrastruktur.

Ein trostloses Szenario. Und die Abwärtsspirale dreht sich Jahr für Jahr schneller.

Und deshalb, Sie ahnen es, bin ich so sehr für die 3. Variante!

Variante C: Aktiv Zuzug organisieren

Goslar hat dann keine Einnahme- und Infrastrukturprobleme, wenn es gelingt, aktuell rund 200 Menschen Jahr für Jahr hinzu zu gewinnen. Die Zahl erscheint mir bei einer 50.000 Einwohnerstadt und über 20.000 Arbeitsplätzen nicht visionär, sondern durchaus realistisch.

Wir brauchen diese Menschen für den Erhalt unserer Infrastruktur, für die kommunalen Einnahmen.

Wir brauchen diese Menschen noch mehr für unser gesellschaftliches Leben, im Ehrenamt, in Vereinen.

Wir brauchen diese Menschen aber nicht zuletzt auch für unsere Ökonomie in Goslar, der sonst der demografische Infarkt droht.

Laut einer Prognos-Studie wird deutschlandweit die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2035 um mehr als acht Millionen oder rund 17 Prozent sinken.

Für den Landkreis Goslar geht die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 von einem weiteren Einwohnerverlust von nahezu 25% aus und weniger als zwei Drittel werden im erwerbsfähigen Alter sein.

In meiner Stadtverwaltung liegt das Durchschnittsalter der Mitarbeiter bei 48 Jahren. Die Hälfte aller Beschäftigten ist über 50 Jahre alt .

Von den insgesamt momentan 528 Kolleginnen und Kollegen werden innerhalb der nächsten 25 Jahre 432 in den Ruhestand gehen.

Und von den rund 43.000 im Bereich der Arbeitsagentur Goslar derzeit Beschäftigten sind 14.500 im Alter zwischen 50 und 64 Jahren. (15 bis 24: 4.045, 25 bis 49: 23.952)

Das heißt in den nächsten 20 Jahren werden 14.500 Stellen frei. Und wer soll die besetzen?

Die Zahl der Schüler und Lehrlinge geht zurück. Während noch vor zehn Jahren Ausbildungsplätze Mangelware waren, bleiben diese schon heute immer häufiger unbesetzt.

2013/14 waren es in Goslar 209 Ausbildungsplätze, für die kein Bewerber zu finden war – 48 mehr als im Vorjahr.

Bei meinen Unternehmergesprächen höre ich deshalb keine Sorge vor

- zu hoher Gewerbesteuer (aktuell 420 v. H.)
- vor zu langen Verwaltungslaufzeiten,

aber vielmehr die Sorge davor, dass in den nächsten Jahren nicht mehr genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Es geht dabei weniger um Absatzmärkte, es geht vielmehr darum: Finde ich hinreichend Personal. Qualitativ und Quantitativ? Finde ich junge Menschen, die ich ausbilden und qualifizieren kann?

Investiere ich in eine schrumpfende, perspektivlose Stadt?
Oder orientiere ich mich um ...

Und dann, meine Damen und Herren, wenn das tatsächlich passiert, also die nächsten Investitionsschritte nicht mehr in Goslar getätigt werden, dann hat die Stadt mit ihrer über 1.000jährigen Geschichte, mit über 1.700 Fachwerkhäusern und über 3.000 Denkmälern verloren.

Dann müssen wir Goslar zu einem Freilichtmuseum umbauen.

Meine Damen und Herren,

wir brauchen Zuwanderung, in Goslar zwingend.

Und ob wir nun dazu ein neues Zuwanderungsgesetz brauchen oder nicht,

ob die vorhandenen Regelungen ausreichend sind,

ob es ein statisches oder flexibles Punktesystem geben sollte (je weniger Punkte erforderlich, je höher der Bedarf ist),

ob die Hürden zu hoch sind aktuell beim Thema Nachweis von Mindesteinkommen bzw. Nachweis, dass für die zu besetzende Stelle kein EU-Bürger zur Verfügung steht,

ob sogenannte Mangelberufe jährlich festgelegt werden oder nicht,

ob es wirklich aktuell über 50 verschiedene Aufenthaltstitel in Deutschland geben muss,

... das alles darf jetzt diskutiert werden. Das ist nicht Sache der Kommunalpolitik in Goslar.

Wobei ich noch anmerken möchte, dass gezielte Zuwanderung nur rund 15 Prozent der gesamten Einwanderung in Deutschland ausmacht. Über 50 Prozent erfolgt über Familienzusammenführungen, der Rest, also rund 35 Prozent, über Flüchtlinge. Deshalb kann ein neues Einwanderungsgesetz auch nicht die große Lösung sein

Meine Damen, meine Herren,

ich habe im November einen Gedanken entwickelt, der sehr wohl unmittelbare Angelegenheit der Kommunen ist. Und zwar zum Thema Flüchtlinge.

Vorab die Klarstellung:

Die Aufnahme all dieser Menschen ist unsere Bürgerpflicht und wir müssen uns alle unserer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein, diese humanitäre Katastrophe abzuwenden.

Deutschland hat kein Überforderungsproblem und schon gar nicht der Landkreis Goslar mit ca. 450 Flüchtlingen im vergangenen Jahr auf 140.000 Einwohner, in diesem Jahr sind es mit prognostizierten 700 etwas mehr.

Mein Thema war die Chance:

Sind denn im vorgenannten Zusammenhang tatsächlich die vielen Tausenden von Flüchtlingen, die auch in diesem Jahr in unser Land kommen – kommen müssen –, tatsächlich nur Last oder ist darin nicht eine Chance zu sehen?

Ich habe im November gesagt:

Warum werden nicht viel stärker die Talente gesehen, die zu uns ins Land kommen?

Die zu uns kommenden Flüchtlinge sind im Schnitt jedenfalls deutlich jünger, keinesfalls schlechter qualifiziert und hungrig.

Sie wollen für sich und ihre Familien etwas erreichen.

Meine grundsätzliche Idee war, dass es doch möglich sein sollte, in Regionen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen, leerstehenden Wohnungen und niedrigen Mietpreisen mehr Flüchtlinge aufzunehmen als es der Verteilerschlüssel vorsieht, um überhitzte Großräume zu entlasten.

Und eben Chancen für zusätzliche aufnehmende Kommunen zu nutzen.

Mein Gedanke war es nicht, den Verteilungsschlüssel zu verändern, der ja bedeutet: Um so mehr Einwohner, um so mehr Flüchtlinge.

Sondern mein Ansatz war die bessere kommunale Solidarität und die Idee, mit interkommunalen Vereinbarungen - auf kleinem Dienstweg – Entlastungen für derzeit überforderte Kommunen zu schaffen.

Meine Damen und Herren,
wir müssen dabei natürlich auch über Flüchtlingskosten für die kommunale Familie sprechen, denn die Kommunen haben momentan das Problem, dass die 6.200 Euro, die wir aktuell in Niedersachsen bekommen völlig unzulänglich sind. Tatsächlich werden 10.000 Euro benötigt und auf diese Summe müssten noch die Kosten für die medizinische Versorgung obendrauf kommen. Das ist auch eine aktuelle Forderung des Städtetages vom 10. Februar.

Die Politiker auf Bundes- und Landesebene machen es sich zu leicht, wenn sie die Kosten auf die Kommunen abwälzen.

Denn diese sind bei der derzeitigen Deckungslücke drauf angewiesenen, zwingend Geld aus anderen Bereichen ab-zuziehen, um ihren Haushalt auszugleichen.

In dieser Woche war beispielsweise in der HAZ zu lesen, dass die Stadt für den Bau von Wohncontainern für 1.300 Flüchtlinge 65 Millionen Euro über einen Nachtragshaushalt auflegen muss und am Ende des Jahres von einem Minus in Höhe von 100 Millionen Euro auszugehen hat.

Wenn es dann dazu kommt, dass Geld aus freiwilligen Leistungen abgezogen werden muss, nicht mehr in Schulen oder Straßen investiert werden kann, dann brauchen wir über Flüchtlingsakzeptanz nicht mehr zu reden und brauchen uns nicht zu wundern, wenn demnächst die AfD in den Kommunalparlamenten ihren Siegeszug antreten wird.

Mein Ansatz war die dezentrale Unterbringung der Menschen, die zu uns kommen. Also gerade kein leerstehendes großes Hotel, keine Kaserne oder ähnliches. Und nicht Zelte, Container und Ghettos in Großstädten wie Hannover. Es ist doch ökonomischer Unsinn Containerdörfer zu bauen, während andernorts Wohnungen leer stehen.

Damit keine Missverständnisse entstehen:

Die dezentrale Unterbringung ist nur ein Aspekt der Integration.

- Sprache
- Arbeitsplätze
- Sozialarbeiter
- Integration in Nachbarschaft und Vereinen

Die Menschen brauchen Sprachkurse, Behördengänge müssen erledigt werden, Kinder in Kindergärten und Schulen gebracht werden und das Leben in unserer Gesellschaft muss „gelernt“ werden.

Wenn es uns dann noch gelingt, potenzielle Arbeitgeber dafür zu gewinnen, diesen Menschen eine Chance am Arbeitsmarkt zu geben, haben wir eine Situation, die uns allen hilft. Zum einen die gewünschte Integration und zum anderen die Chance, dem demographischen Wandel entgegen zu treten. Dafür werde ich mich in der Funktion des Oberbürgermeisters der Stadt Goslar auch in der nächsten Zeit intensiv einsetzen.

Ich möchte deshalb weiter daran arbeiten, dass wir ein Modell entwickeln, das es künftig möglichst auch anderen Kommunen in Deutschland ermöglicht, zu sagen, lass uns doch das Goslarer Modell versuchen.

Es bleibt mein Ziel, gemeinsam mit anderen Kommunen, Vereinen und Institutionen eine „Blaupause“ für interkommunale Solidarität zu erarbeiten. Wenn ein System geschaffen werden kann, bei dem die abgebende Kommune profitiert und die aufnehmende Kommune bestmögliche Chancen zur Integration erhält, entsteht nicht nur kommunal eine Win-Win-Situation, es dient auch der bestmöglichen Integration und hilft damit den zu uns kommenden Menschen.

So wie uns nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen Flüchtlinge und Vertriebene und später die Gastarbeiter beim Aufbau unseres Landes genützt haben, so brauchen wir auch heute Zuwanderung.

Mein Fazit: Wir überleben nur durch Zuwanderung – Migration tut gut!